

Braun und Gebering gehen zu den Monarchisten

Arbeiter! Kämpft für die Forderungen des Offenen Briefes der SPD!

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Vorwärts“ ist seit einigen Tagen sehr still geworden über die Freuenfrage. Er erzählt seinen Lesern nichts von den Verhandlungen, die Herr Braun mit der Deutschen Volkspartei zur Vorbereitung des Kabinetts führt. Er schweigt auch vollständig über das „Bündnis der Deutschnationalen mit den Kommunisten“. Diese alte und schöne Walze scheint nicht mehr zu ziehen. Die SPD hat nicht nur auf diesen Offenen Brief geschwiegen, sondern sie hat vor allem unsere selbstverständlichen Mindestforderungen, eine begrenzte Duldung der Freuenregierung durch die Kommunisten, nicht beantwortet. Genau das haben wir erwartet. Genau das haben wir gewollt. Herr Braun kann sicher sein, zur Abstimmung werden alle kommunistischen Abgeordneten zur Stelle sein und gegen ihn stimmen. Unser Zweck war, den Arbeitern zeigen, daß Braun u. Co. nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart die wahren „Verbündeten der Reaktion“ sind. Braun geht tausendmal lieber mit der Deutschen Volkspartei, mit der Wirtschaftspartei, selbst mit den Deutschnationalen, ehe er auch nur den geringsten Schritt im Kampfe gegen den Monarchismus und Kapitalismus unternimmt. Die Probe aufs Exempel ist gemacht. Jetzt haben die Arbeiter das Wort. In den Betrieben, in den Gewerkschaften gilt es jetzt, die Klassenfront zu sammeln u. mdie kleinen und einfachen Forderungen, die heute jeder Arbeiter begreift und um die heute jeder Arbeiter kämpfen will. In Betrieben und Gewerkschaften gilt es, einen Sturm zu entfachen gegen die verräterische Koalitionspolitik, die die deutsche Arbeiterklasse an den Rand des Abgrundes geführt hat. In den Betrieben und Gewerkschaften gilt es, die Einheit

aller Ausgebeuteten in der roten Klassenfront unter Führung der kommunistischen Partei herzustellen. Im August tritt der Kongress des ADGB in Breslau zusammen. Die Vorbereitung des Kongresses muß die Bewegung für den Kampf um den Achtstundentag, gegen die Steuern, die auf den Schultern der Arbeitenden lasten, für den Kampf um die Befreiung aller proletarischen Gefangenen, für den Kampf um die Forderungen des Offenen Briefes der Zentrale der SPD, und für die Gewerkschaftseinheit zu einer breiten Bewegung machen und den reformistischen Führern, diesen Agenten der Bourgeoisie, das Handwerk legen.

- Nieder mit der Koalitionspolitik, mit der Bourgeoisie!
 - Heraus aus der SPD! Hinein in die SPD!
 - Zurück zum Klassenkampf!
 - Zurück zur Klassenfront!
- Das sei die Losung aller Arbeiter, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter, die durch schwarz-rot-goldene Kadaversorten verwirrt werden.
- Kämpft für den harten Achtstundentag!
 - Kämpft für höhere Löhne!
 - Für die Beseitigung der die Massen belastenden Steuern!
 - Für die Freilassung aller Opfer der Klassenjustiz!
 - Sammelt euch zum Kampf für die Forderungen des Offenen Briefes der SPD!
 - Gegen die monarchistische Gefahr!
 - Gegen das Hindenburg-Regime!
 - Für die Befreiung der Arbeiter und Bauern!
 - Für die proletarische Diktatur!

Der Berliner ADGB-Ortsausschuß will keinen Kampf gegen Hindenburg

Die von Gewerkschaftskreisen inspirierte ES-Korrespondenz meldet am 5. Mai: „Die Kommunisten hatten sich wegen des „Generalstreiks“ vorher mit den freien Gewerkschaften in Verbindung gesetzt, um diese für ihren Plan zu gewinnen. Die Angelegenheit hat auch tatsächlich die zuständigen Instanzen, besonders den Ausschuß der Gewerkschaften, beschäftigt, doch beschloß man dort, über den kommunistischen Antrag und über die Einladung zur Beräumung der revolutionären Betriebsräte einfach zur Tagesordnung überzugehen.“ Dieses Verhalten der Gewerkschaftsinstanzen bedeutet einen glatten Verrat an den Interessen der Arbeiter. Der Kampf gegen die Reaktion ist eine Lebensfrage des deutschen Proletariats. In dieser Situation behält diese Gesellschaft die Stirn, einfach nicht auf praktische Vorschläge zu antworten. Zu feig, offen auszusprechen, daß sie lieber mit Hindenburg gegen die Kommunisten, als mit den Kommunisten gegen Hindenburg gehen, sabotieren sie schweigend den Kampf! Sie sollen sich vor der Dämonie hüten!

Hindenburg amtlich bestätigt

Berlin, 5. Mai. (W.B.) Der Reichswahlausschuß hat in seiner heutigen Sitzung den Generalfeldmarschall von Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt erklärt.

Die Sozialdemokratie „kämpft“ gegen Hindenburg

Berlin, 7. Mai. (U.) Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, hat die Sozialdemokratische Partei offiziell Einspruch gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl vom 28. April erhoben mit der Begründung, daß in zahlreichen Fällen Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die in ihrer Gesamtheit geeignet seien, die vom Reichswahlausschuß für den Kandidaten des Reichsblades festgestellte relative Mehrheit von 904 151 Stimmen zu erschüttern. Dementsprechend wird beantragt, die Wahl Hindenburgs für ungültig zu erklären. Das Wahlsprüfungsgericht tritt Freitag den 8. April, 11.30 Uhr zusammen.

Die offizielle Hindenburgparade

W.B. vorbereitet ein sehr langes offizielles Programm für die Amtseinführung Hindenburgs. Wir entnehmen daraus folgendes: Am 11. Mai, nachmittags, kommt Hindenburg nach Berlin, wo er am Bahnhof vom Reichskanzler, dem Reichswehrminister, dem General v. Seeckt, usw. empfangen wird. Abends findet beim Reichskanzler ihm zu Ehren ein Essen statt. Am Dienstag den 12. Mai, vormittags 11 Uhr 45 Minuten begibt sich der neugewählte Reichspräsident in Begleitung des Reichskanzlers zum Reichstag und wird dort vor versammeltem Reichstag und in Anwesenheit der Reichsregierung und der Vertreter der Landesregierungen den in Artikel 42 der Reichsverfassung vorgeschriebenen Eid leisten. Nach der Eidesleistung wird er sich zur großen Freitreppe am Königsplatz begeben und dort die vom Wachregiment Berlin gestellte Ehrenkompanie abtreten. Hiernach wird er von einer Schwadron des Reiterregiments Nr. 4 zum Hause des Reichspräsidenten geleitet, wo der Stellvertreter des Reichspräsidenten ihn empfängt und ihm die Schlüssel übergibt. (Wie wird den Spießern das Herz hochschlagen bei so viel militärischer Herrlichkeit!) Um 1 Uhr 45 Minuten empfängt Hindenburg die Reichsminister und im Anschluß daran ein reiches Frühstück. Dazu sind neben den Ministern und General v. Seeckt auch der Sozialdemokrat Löbe als Reichstagspräsident geladen. Erst am nächsten Tag, den 13. Mai, darf das übrige Reichstagspräsidium, die preussische Staatsregierung (Braun oder Gebering), auch der Polizeipräsident usw. Hindenburg Glück wünschen. Am 14. Mai großer Empfang des diplomatischen Korps.

Schulleiern für Hindenburg

Berlin, 6. Mai. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß anfänglich der Amtsübernahme des Herrn Reichspräsidenten am 12. Mai der Unterricht in sämtlichen Schulen ausfällt und dafür Schulleiern zu veranstalten sind, in denen die Schüler in geeigneter Weise auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werden sollen. Der Minister, der diese Hindenburgparade angeordnet hat, ist der Demokrat Beder, der ein „überzeugter“ „Republikaner“ sein soll.

Neuer Gewaltakt der Hindenburg-Republik

Hamburg, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Als gestern der Genosse Bettmann zur Bürgererschaftssitzung erschien, wurde er von Kriminalbeamten auf telegraphische Anweisung des

Oberreichsanwaltes Obermeier verhaftet. Die Immunität des Genossen Bettmann ist seinerzeit auf Antrag der Sozialdemokraten aufgehoben worden. Genosse Bettmann hat eine Strafe von 10 Monaten Festungshaft wegen Hochverrats zu verbüßen, jedoch bisher keine Aufforderung erhalten, diese Strafe anzutreten. Die Verhaftung und Abführung des Genossen Bettmann ohne vorherige Aufforderung stellt einen der üblichen Gewaltakte der deutschen Hindenburg-Republik dar, die sich fast täglich ereignen.

Das letzte Geleit für Friedel Neumann

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der im polnischen Korridor bei der Eisenbahnkatastrophe tödlich verunglückte Genosse Friedel Neumann wurde gestern unter äußerst starker Beteiligung der Berliner Arbeiterklasse in Friedrichsfelde beigesetzt. Trotz eines plötzlich einsetzenden Vollenbruches blieben die Tausende beisammen. In der Trauerfeier im Gewerkschaftshaus sprachen Ruth Fischer und Rosenfeld, am Grabe Genosse Gelske, Scholem, ein Königsberger Genosse, ein Jugendgenosse des 6. Berliner Bezirks, dessen politischer Leiter Genosse Neumann vor seiner Königsberger Tätigkeit gewesen ist. Ein riesiges Polizeiaufgebot von Schupo versuchte vergeblich die Demonstration, allerdings erfolglos, zu provozieren.

Schiedspruch im sächsischen Steinkohlenbergbau

Zwickau, 5. Mai. (U.) Der am 14. April 1925 in der Lohnfrage des sächsischen Steinkohlenbergbaues gefällte Schiedspruch, der ab 1. Mai 1925 eine fünfprozentige Erhöhung der Grundlöhne nach sich zieht, ist am 30. April 1925 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Die schlesischen Holzarbeiter ausgeperrt

Sirichberg (Schlesien), 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Seitern ist im gesamten Gebiet des Landesverbandes der schlesischen Holzindustrie die gesamte Ausperrung der Belegschaft erfolgt, von der in etwa 400 Betrieben 7000 Arbeiter betroffen werden.

Der tägliche Arbeitermord

Berlin, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Baustelle der Elektrizitätsverspannung wurde durch den Sturz eines Eisenträgers 5 Arbeiter schwer verletzt.

Berlin, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Durch die Nachlässigkeit eines Weisers wurden zwei Arbeiter, die auf dem Steglitzer Transformatorwerk Reinigungsarbeiten vornahmen, vom Starkstrom getroffen, einer ist tot, der andere, sehr schwer verletzt.

Berlin, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) An der Fremdenallee explodierte ein Dampfkessel, ein Arbeiter ist tot.

Der „Vorwärts“ für die Schieber

Berlin, 6. Mai. Unter der großen Ueberschrift „Justizmord an Dr. Höfle“ leitartikelt der „Vorwärts“ gegen die Handlangerzustände im Unterhäftungsgefängnis in Moabit. Als proletarische Gefangene schon früher den „Vorwärts“ darauf aufmerksam machten, hatte das Blatt keinen Raum. Der geschmaltene Schieber tut eben den Mitgefangenen leid; die Justizüberwarte des Leipziger Staatsgerichtshofes gegen Arbeiter fand aber das „Arbeiterblatt“ „Vorwärts“ „noch zu milde“.

Eine antibolschewistische Balkanfront

Belgrad, 6. Mai. (Telunion.) Heute traf der bulgarische Außenminister Rakoff für zweitägigen Aufenthalt in Belgrad ein. Er wird dann nach Rom und Paris zu Verhandlungen über die Bekämpfung der bolschewistischen Gefahr auf dem Balkan reisen. In Belgrad wird er Besprechungen mit dem jugoslawischen Außenminister haben. Wie in Belgrader politischen Kreisen verlautet, beabsichtigt er, mit der jugoslawischen Regierung über die Schaffung einer antibolschewistischen Balkanfront zu verhandeln. Es wird darauf hingewiesen, daß Rakoff sich bereits habe, diesen Plan noch vor der Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest vorzulegen.

Erfolgreiche Beendigung des Verkehrsarbeiterstreiks in Paris

Paris, 6. Mai. (Telunion.) Die Verkehrsarbeiter haben sämtliche Forderungen der streikenden Arbeiter bewilligt. Die Bedingungen waren: 1. Restlose Wiederentstellung der entlassenen Arbeiter. 2. Auszahlung einer Entschädigung von je 300 Franken. 3. Erneuerung des gemilderten Schlichtungsausschusses.

um ein Rotprogramm der Verteidigung gegen diese Gefahr zu sammeln, indem wir ihnen gleichzeitig klar sagen, daß ihre unglückliche Befreiung nur durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie möglich ist.

Dieser Kampf kann nur mit außerparlamentarischen Mitteln erfolgreich geführt werden. Das muß man jeden Tag jedem Arbeiter im Betrieb sagen. Und dieser Kampf kann nur durch den Sturz mit

der verderblichen Politik der Niederlagen, mit der Politik des Burgfriedens, der Arbeitsgemeinschaft, der Koalitionspolitik, kann nur durch die Sammlung der Massen in der Roten Front in den Betrieben, in den Gewerkschaften, eifolgen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß man dies den Massen klarzumachen versuchen. Man hat ihr Klassenbewußtsein durch einen mehr oder minder biden schwarz-rot-goldenen Rebel getrübt. Man muß diesen schwarz-rot-goldenen Rebel zerstreuen. Und die SPD wird und muß ihre Arbeit zunächst auf diesen Punkt konzentrieren: den schwarz-rot-goldenen Rebel zerstreuen. Dazu werden uns die schwarz-rot-goldenen Hindenburgverächter durch ihren hündischen Kacka vor dem neuen Herrn helfen. Deshalb hat die SPD ihren „Offenen Brief“ an den ADGB und die SPD gerichtet. Wäre dieser Kampf für diese Forderungen erfolgreich möglich? Wären sie eine Gegenoffensive gegen das Hindenburgregime? Natürlich! Wenn der ADGB und die SPD wirklich erfolgreich kämpfen wollen ... aber haben sie das seit 1914 jemals gewollt? Aber die Arbeiter müssen erst wieder kämpfen wollen.

Deshalb wird die SPD, jetzt im Reichs- und Freuenparlament den Herren Sozialdemokraten, Zentrümern, Demokraten Gelegenheit geben, nach „Weimarer Art“ zu regieren. Sie sollen sich nicht ausreden können, daß sie von ihrer Volksbeulung durch die Kommunisten „verhindert“ werden. Gerade dabei werden wir den Arbeitern unaufhörlich, unermüdlich sagen:

Ihr müßt die Bourgeoisie hürten, ihr müßt die Macht nehmen!

Solange ihr das nicht erreicht, wird euch jede Regierung betrogen, jede Regierung wird euch verkaufen, jede Regierung sticht euch das Herz über die Ohren.

Es gilt gegen jede Regierung dieser Kapitalis-Republik zu kämpfen, den Staatsapparat der Bourgeoisie zu zerstören und die wahre Herrschaft der merktigen Massen, die Regierung der Arbeiter und Bauern aufzurichten.

Und die Massen werden das schwarz-rot-goldene Beneh-lungsges aus ihren Lungen ausstößen und im Betrieb sich gegen die SPD, gegen die Weimarer und die Hindenburg-ger — unter der Führung der SPD — der einzigen Arbeiterpartei. Denn das Hohe Angebot an die SPD und ihre „Republikaner“, daß die Kommunisten sie für die Durchführung der einfachen Bedingungen im Reich und in Preußen an der Fölung dieser Regierung nicht hindern (denn wir sind parlamentarisch das Junglein an der Wage! — dann tracht es in den Augen des „Volksblades“ und Zentrümern und Demokraten und der „Vorwärts“ werden brüllen: Wir gehen lieber zu Hindenburg!

Und sie werden es noch offener und konsequenter tun! Und darum werden die Arbeiter sich gegen die Verbündeten der Reaktion sammeln. Denn der Sieg der Reaktion ist da und durch parlamentarische Kunststücke kann man den Klassenkampf nicht erlösen. Dieser Setzung der Arbeiterklasse muß den SPD-Kommunisten und Rednern durch die Tatsachen unmöglich gemacht werden.

Nur so, und in der Roten Front kann die Arbeiterklasse wieder aus dem Sumpfe der Burgfriedenspolitik herauskommen. Und dann marschiert sie wieder vorwärts.

Keine Amnestie

Die Arbeiter sollen weiterhin im Zuchthaus schwachen.

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im Rechtsaus-schuß des Reichstages machte am gestrigen Mittwoch der Vor-sitzende der Volksparteier Karl Mittelungen über die Ver-handlungen betreffs eines Erlasses einer Amnestie. Er er-klärte, von einer eigentlichen politischen Amnestie könne keine Rede sein. Es sei überhaupt noch gar nichts beschlossen. Der Freisetzung solle lediglich der Boden entzogen werden durch Haftentlassung einer kleinen Zahl von Gefangenen. Aus der Rede Karls ging hervor, daß lediglich beabsichtigt ist, die letzten verurteilten Rechtsverbrecher zu amnestieren, so die Angehörigen der Nordorganisation Konul, die ihre lächerlich geringen Strafen überhaupt noch gar nicht angetreten haben. Im übrigen wird dem Reichstag die volle Entscheidung überlassen. Die Ein-leitung eines Unterausschusses über die Amnestiefolge, die ur-sprünglich geplant war, hat sich aber nicht als notwendig er-wiesen. Sobald natürlich über die Amnestiefolge beschlossen sei, werde im Ausschuß der zuständigen Stelle Mitteilung zu machen sein.

Es wird natürlich keinen Klassenbewußten Arbeiter geben, der bei dieser Amnestie irgendwie an dem Charakter der Hin-burgregierung zweifeln kann. Der Massensturm der Arbeiter allein kann den Opfern der Klassenjustiz die Tore öffnen.

Die Immunität des Genossen Berg aufgehoben

Berlin, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Geschäftssord-nungsausschuß des Reichstages wurde heute ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Genossen Berg behandelt. Der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Bell (Zentrum), beantragte Aufhebung der Immunität. Der Demokrat Koppich und der Deutschnationale Rippel schlossen sich dem an. Genosse Stocker wies darauf hin, daß es sich hier um ein ganz kla-res, tendenziöses Vorgehen gegen einen kommunisti-schen Abgeordneten handelt, gegen den man geradezu kramphast alles mögliche Material zusammenschleppt. Das von dem Berichterstatter Dr. Bell vorgelegene Material könne nach der bisherigen Praxis des Ausschusses unmöglich zu einer Aufhebung der Immunität führen. Die Sozialdemokraten wandten sich durch Dittmann ebenfalls gegen den Antrag auf Aufhebung der Immunität. Die Abstimmung wurde schließlich ausgelegt.

Ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Genossen Berg wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten ange-nommen. Es handelt sich hier um die Weigerung von Berg, sich aus dem Sitzungssaal des sächsischen Landtages durch Poli-zeigewalt herauswerfen zu lassen.

Einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des Genossen Thälmann will der Ausschuß in einer Sitzung der nächsten Woche beraten. In zahlreichen anderen kleineren Fällen wurde die Aufhebung der Immunität abgelehnt.

Der Dawes-Bege

Hamborn, 5. Mai. (U.) Die Fache „Rhein-Preußen“ ent-läßt 923 Arbeiter und 19 Angestellte, die sich auf sämtliche Schachtanlagen verteilen.